

Rüdiger Weckmann (Die Linke) | Fraktionsvorsitzender
Krämerstr. 33, 72764 Reutlingen | 0176 44481952
weckmann@kabelbw.de

Timo Widmaier (Die Linke) | stv. Fraktionsvorsitzender
Ringelbachstr. 34, 72762 Reutlingen | 0152 28990113
timo.widmaier@reutlingen.de

Andreas Schwarz (DIE PARTEI) | Fraktionsmitglied
Wilhelmstr. 121, 72764 Reutlingen | 0173 9437269
andreas.schwarz@reutlingen.de

Herrn Oberbürgermeister
Thomas Keck
Marktplatz 22
72764 Reutlingen

Reutlingen, den 17.02.2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die Fraktion Die LinkePARTEI stellt den

Antrag:

Der Reutlinger Gemeinderat beschließt folgende Resolution:

Die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden muss durch Steuerreformen deutlich verbessert werden, damit die kommunalen Aufgaben und vor allem der notwendige riesige Investitionsbedarf gedeckt werden kann.

Dazu ist es notwendig, auf den vorhanden großen und wachsenden Reichtum zuzugreifen.

Der Reutlinger Oberbürgermeister wird aufgefordert, dieses Anliegen in den Städtetag einzubringen.

Begründung:

Der öffentlichen Armut, den auch der Deutsche Städtetag beklagt, steht ein wachsender privater Reichtum gegenüber.

Dieser ist in den letzten Jahren ständig gestiegen, auch während der Coronapandemie und der Preisschocks. Er beträgt inzwischen 15.000 Mrd. Euro, das sind 15 Billionen Euro, von denen zwei Drittel, also 10 Billionen Euro in der Hand von nur 10 Prozent der Bevölkerung konzentriert ist. Die Anzahl von Multimillionären und Milliardären ist in Deutschland gestiegen. In keinem anderen Land Europas ist die Ungleichheit größer als in Deutschland. Quelle: Memorandum-Gruppe.

Zahlreiche Städte und Gemeinden fordern, die Vermögenssteuer wieder zu erheben. Eine Steuer von einem Prozent auf das Nettovermögen (nach Abzug von Schulden) oberhalb eines Freibetrags von 1 Millionen Euro würde etwa 20 Milliarden Euro im Jahr einbringen. <https://www.vermoeigensteuerjetzt.de/>

„Von einer Vermögensteuer betroffen wären nach den gängigen Vorschlägen der Befürworter_innen lediglich die obersten 1 bis 2 Prozent der größten Vermögen Deutschlands.“ (Friedrich Ebert-Stiftung).

„Der Verzicht auf die seit 1996 ausgesetzte Vermögensteuer hat Deutschland bislang über 380 Milliarden Euro gekostet – das entspricht 80 Prozent des Bundeshaushalts 2024“ (Oxfam).

Die Erbschaftssteuer muss reformiert werden. Der Steuersatz der 40 größten Erbschaften lag 2019 bei 1,9%.

In einem Minderheitenvotum stellten Verfassungsrichter 2014 fest: Die Erbschaftssteuer sei auch „ein Instrument des Sozialstaates, um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst.“

So heißt es auch in der bayrischen Landesverfassung Art. 123 (3): „Die Erbschaftssteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern. Sie ist nach dem Verwandtschaftsverhältnis zu staffeln.“

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Rüdiger Weckmann

Fraktionsvorsitzender